

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 10/2021

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 20. Oktober 2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:11 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 20

Es waren anwesend:

CDU: OR Henkel, OR Kehrlé, OR Müller, OR Miersch

B´90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster, OR Isele,
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Griener, OR Malisius

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Matthias Hoffmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Wehrle (FA), Herr Laue (StaDu), Herr Käfer (StaDu), Herr Rößler (StaDu), Frau Regner (BOA), Herr Gerardi (Stpla)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 4. Oktober 2021, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 15. Oktober 2021 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Festsaal der Karlsburg. Entschuldigt für die heutige Sitzung sei Herr Ortschaftsrat Griener und Herr Ortschaftsrat Malisius.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Vorstellung neuer Revierförster im Bereich Turmberg

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 1, Vorstellung neuer Revierförster im Bereich Turmberg**, auf. Sie begrüßt recht herzlich Herrn Jonas Wehrle. Er sei nun als Revierförster im Bereich Turmberg zuständig. Man habe sich gedacht, dass er sich heute kurz vorstelle, sodass man einen Namen und das Gesicht kenne. Im Laufe des nächsten Jahres könne man dann auch intensivere Auseinandersetzungen planen und vielleicht auch eine Waldbegehung machen.

Herr Wehrle (FA) begrüßt die Anwesenden. Er heiße Jonas Wehrle und dürfe seit Mai das Karlsruher Stadtwaldrevier Ost leiten und damit habe sich definitiv eine Traumstelle für ihn erfüllt. Als gebürtiger Karlsruher sei er wieder zurück in die Heimatstadt gegangen. Das Forstamt in Karlsruhe sei für ihn nicht unbekannt. Er habe hier auch sein Praxissemester absolviert und auch vor langer Zeit mal ein Schulpraktikum gemacht. Es sei ihm immer in guter Erinnerung geblieben und hier sei für ihn immer klar gewesen, wenn es die Chance gebe, würde er gerne wieder zurückkommen. Zuvor sei er noch zwei Jahre in Pforzheim gewesen im Enzkreis und habe dort sein Trainee absolviert und danach habe er noch ein Jahr die untere Jagdbehörde geleitet. In Karlsruhe habe er die Revierleitung vom Revier Ost inne, aber auch die Zusatzfunktion für die Erholungseinrichtungen im Karlsruher Stadtwald, d. h. die Konzeption, Unterhaltung etc. Mit der Stellensneubesetzung habe man die Chance genutzt, die Reviere etwas neu zuzuschneiden. Wie eingangs erwähnt, sei er nur für den Bereich Turmberg zuständig, den Oberwald mache Herr Struck. Dies sei getauscht worden.

Dann habe er noch einen Punkt zum Klimawandel. Dieser sei besonders in den Wäldern zu sehen und auch am Turmberg leider eindrücklich. Gerade dort habe man beim Ahorn massive Probleme mit der Rußrindenkrankheit. Dies sei ein schwarzer Pilz, der sich um den Stamm lege und die Bäume recht schnell absterben lasse. Man habe am Turmberg auch schon das Schlimmste entschärft, aber hier werde man im Winter, also ab November bis Januar, noch weitere Maßnahme durchführen. Es seien 150 Bäume, die er dort aufgenommen habe, aber sie würden alle einen schwachen Durchmesserbereich haben, nämlich von 7-50 cm im unteren Bereich. Es sei viel, aber es seien auch viele schwächere Bäume. Hier werde man natürlich vorher entsprechend informieren und Pressearbeit betreiben, dies sei klar. Vor allem im Bereich der Aussichtsterrasse bis zum Rittnerthof spiele sich dies ab. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit, gerne auch auf einen Waldgang im nächsten Jahr und er freue sich immer auf konstruktive Diskussionen und Anliegen.

- Klopfbeifall -

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für die Vorstellung. Man freue sich auch auf die Zusammenarbeit mit ihm. Man habe traditionell eine sehr gute und intensive Zusammenarbeit mit dem Forstamt. Man werde auch mit dem Naturpark Schwarzwald, wo man jetzt Mitglied sei, das ein oder andere gemeinsam mit dem Forstamt versuchen und die Wälder versuchen zu entwickeln. Sie wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg bei seiner Arbeit.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 2: Sozialraumanalyse Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2, Sozialraumanalyse Durlach**, auf. Sie begrüßt hierzu Herrn Laue, Abteilungsleiter der Abteilung Jugend und Soziales im Stadtamt Durlach, Herrn Käfer und einen Vertreter der SJB, Herrn Metz. Zum Hintergrund sagt sie aus, dass man hierzu einen Antrag gehabt und versprochen habe, dass man sich nochmal mit der SJB abstimmen, nochmal in das Gremium kommen und vortragen werde.

Herr Laue (StaDu) begrüßt die Anwesenden. Zum Thema differente Übergangsquoten an den Durlacher Grundschulen bezüglich des Übertritts in ein Gymnasium liege eine Stellungnahme der Sozial- und Jugendbehörde im Benehmen mit dem Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe bereits vor. Zunächst wolle er diese Stellungnahme der beiden Fachämter kurz zusammenfassen. Es sei mitgeteilt worden, dass eine Sozialraumanalyse für einen einzelnen Standort zwar möglich sei, aber mit erheblichen Lücken verbunden sei, da die entsprechende Vergleichsgröße fehlen würde. Wenn, dann sei eine gesamtstädtische Sozialraumanalyse notwendig, was aber wiederum in keinem Verhältnis zum Aufwand stehen würde, da man hieraus keine neuen und grundlegenden Erkenntnisse generieren könne. Zweitens sei keine strukturelle Fehlentwicklung in den Übergangsquoten beim Übertritt auf ein Gymnasium aus den Durlacher Grundschulen zu erkennen. Dies sei in Kürze die Aussage der beiden Fachämter. Man habe dann vom Ortschaftsrat den Auftrag erhalten, dies noch einmal zu prüfen und er zeigt nun die erste Folie, in der deutlich werde, dass im Jahr 2019 die Pestalozzischule eine Übergangsquote von 37 % und die Oberwaldschule 42 % habe. Allein diese Folie zu betrachten werfe ein verzerrtes Bild auf die Gesamtentwicklung der Übergangszahlen aus den letzten zehn Jahren. Er zeigt nun die Übergangsquoten der Pestalozzischule seit 2010. Wie man daraus erkennen könne, liegen diese Quoten deutlich über dem Schnitt, sowohl im gesamtstädtischen Bereich, als auch im gesamten Baden-Württemberg. Gleiches gelte für die Übergangsquote der Oberwaldschule in den letzten drei Schulabgangsklassen. Die Übergänge auf das Gymnasium seien dort auch skizziert und hier sehe man, dass diese deutlich über der 40 % Marke liegen würden. Auf der nächsten Folie habe man sich die Übergangsquoten der Stadtteilprofile in den letzten fünf Jahren angesehen. Man sehe, dass die Durlacher Schulen mit 53,9 % über dem Schnitt liegen. Sowohl in ganz Baden-Württemberg, als auch bei den gesamtstädtischen Schulen, also innerhalb Karlsruhes. Insofern sei die Sichtweise der damals beteiligten Ämter, dass keine strukturelle Fehlentwicklung zu erkennen sei, berechtigt.

Die nächste Frage sei gewesen, welchen Einfluss die bestehenden Schulsprengel auf die Übergangsquote haben würden. Bei den Gesprächen mit den beiden Rektoren der Oberwaldschule, als auch der Pestalozzischule sei nicht der Schulsprengel an sich als das gravierende Problem genannt, sondern eine weiche Auslegung in der Handhabung und Zustimmung zu den Anträgen auf den Schulbezirkswechsel. Wie man wisse, bestehe die Regel, dass Kinder die Grundschule besuchen, in deren Schulbezirk ihre Eltern wohnen. Die beiden genannten Schulen würden jedes Jahr zur Einschulung damit zu kämpfen

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Sozialraumanalyse Durlach

Blatt 2

haben, dass zwischen 20 % und in manchen Jahren bis zu 50 % der Eltern aus ihrem Einzugsgebiet einen Antrag auf einen Schulbezirkswechsel stellen. Diesen Anträgen werde größtenteils durch das staatliche Schulamt stattgegeben. Für die Schulen habe dies gravierende Folgen. Durch die geringere Anzahl an Einschulungskindern könne zum Beispiel an der Pestalozzischule in den ersten beiden Klassen nicht dreizügig gearbeitet werden. Sie könne also keine, wie von den Eltern oft gewünscht, kleinere Klassen anbieten, sondern müsse in einem großen Klassenverbund mit einer Vielzahl an Schülerinnen und Schülern arbeiten. Ganz aktuell habe die Pestalozzischule dieses Jahr 25 % von Schulanfängern verloren, die meisten davon gingen an die Schloss-Schule. Die Oberwaldschule habe mitgeteilt, dass es in diesem Jahr 38 Anträge auf Schulbezirkswechsel gegeben habe, die per se vom staatlichen Schulamt 37-mal genehmigt worden seien. Einer sei noch in der Pipeline. Hinzu komme, dass die aktive und am Schulleben interessierte Elternschaft an andere Schulen abwandere. Eine aktive und gut funktionierende Elternschaft an der Schule sei für jede Schule ein ganz zentrales Element. Sowohl in der Innen- als auch in der Außenwirkung. Zu den Gründen von Schulbezirkswechseln haben die beiden Schulen vordergründige Bildungsfragen genannt. Es werde auch oft die Jahrgangsmischung genannt, die Geschwisterkindsregelung oder die Betreuungsmöglichkeiten. Im Ergebnis bedeute dies, dass eine Regulierung kraft Amtes durch das staatliche Schulamt nicht stattfinde, was sich massiv auf die Außenwirkung der Schulen auswirke und auf die Lernsituation der Schülerinnen und Schüler. Die Schulen benötigen keine Unterstützung als beurteilendes System, die Fachkräfte seien qualitativ geschult und seien in der Lage, das beurteilende System selbstständig durchzuführen. Schülerinnen und Schüler würden nach den gleichen Kriterien und Vorgaben bewertet werden. Die entsprechende Qualifikation und Qualität im Beurteilungssystem sei an der Schule vorhanden. Zur Frage, was der Ortschaftsrat beitragen könne und welche Unterstützung wünschenswert sei, könne er sagen, dass beide Schulleitungen der beiden genannten Schulen mitgeteilt haben, dass sie von politischer Seite wünschen würden, dass von Seiten des staatlichen Schulamtes nicht per se jeder Schulbezirkswechselantrag genehmigt werde. In dieser Thematik würden sich die Rektoren auch aus diesem Kreis eine Unterstützung wünschen. Weitere Unterstützung aus politischen Gremien sei wichtig, auch der Ausbau der Schulsozialarbeit, positive Berichterstattung über die beiden genannten Schulen in den Medien, die trotz der beschriebenen Probleme und Hindernissen einen tollen Job machen würden. Ergänzend würden an beiden Schulen viele unterschiedliche Unterstützungsangebote laufen. Zum Beispiel „AWO – die 2. Chance“ oder auch das Kinder- und Jugendhaus, welches mit vielen Angeboten an den beiden Schulen präsent sei. Er dürfe auch mitteilen, dass es gelungen sei, an der Friedrich-Realschule eine Erhöhung der Schulsozialarbeit von 50 % auf 75 % zu erreichen und dass man für den Schulverbund in den Bergdörfern ebenfalls eine Aufstockung auf 25 % bekommen habe. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und stehe nun für Fragen zur Verfügung.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Sozialraumanalyse Durlach

Blatt 3

Er habe sehr vieles daran sehr spannend gefunden. Er stelle fest, je länger er selbst in der Verwaltung tätig sei, dass sich sein Blick auf staatliches Handeln in den letzten Jahrzehnten massiv verändert habe. Wenn er daran denke, was er als Student für einen Blick darauf hatte und was er jetzt für einen habe, denke er, dass man an manchen Stellen wirklich mehr staatliche Steuerung und nicht weniger benötige. In diesem Fall, den er jetzt geschildert habe, glaube er auch, dass dies nicht der richtige Weg sei, dass es hier eine freie Wahl durch Eltern gebe, wenn alle Anträge auf Schulbezirkswechsel durch das Schulamt genehmigt werden. Er denke, dass es zum Nachteil der Schulen gereiche, von denen die Kinder wegwechseln. Er gestehe, dass auch er einen Antrag auf einen Schulbezirkswechsel gestellt habe, allerdings weg von der Schloss-Schule, hin zur Pestalozzischule. Er frage sich, wie man als Politik eine Chance habe, auf ein Schulamt bei seinen Entscheidungen einzuwirken. Zumindest solle man es versuchen und in das Gespräch gehen und sagen, dass es den politischen Willen gebe, hier nicht völlig freie Wahl zu lassen, sondern Anträge wirklich auf Inhalte zu prüfen und nicht fadenscheinige Betreuungsargumente zu akzeptieren. Auch die Frage, ob die Jahrgangsmischung immer ein tragendes Argument für einen Schulbezirkswechsel sei, wisse er nicht. Auch dies könne man hinterfragen. Hier fände er es gut, wenn es eine Möglichkeit gebe, zumindest ins Gespräch zu kommen. Natürlich wolle man keine direkte Einflussnahme auf Entscheidungen nehmen. Als man über den Antrag damals in der Fraktion diskutiert habe, habe man in den Ausführungen das Gefühl gehabt, dass die Zielrichtung des Antrags dahingehend sei, wie es sein könne, dass man hier schlechte Schulen mit so einer geringen Übergangsquoten habe. Man habe auch einen anderen Aspekt im Blick gehabt. Man habe auch die Schloss-Schule im Blick gehabt mit der Frage, wie es sein könne, dass in einer Schule 81 % auf das Gymnasium gehen und mit der Frage, dass dies zum Schaden der Kinder sei, da viele am Gymnasium fehl am Platz seien. Vielleicht könne man schauen, wie viele im Nachgang wieder zurück wechseln, was nicht unbedingt gut sei für die Kinderseele, wenn man erst in die falsche Schule gehe, dort überfordert werde und dann zurückwechsle. Insoweit sei für ihn der Aspekt wichtig, dass man nochmals an der Schloss-Schule schaue, ob es noch andere gebe. Ihn würde interessieren, wie die Empfehlungsquote der Lehrer sei. Man wisse, dass es keine verbindliche Empfehlung mehr gebe, aber er denke die Schule wisse, wie viel Prozent der Kinder das Gymnasium empfohlen werde. Dies fände er eine interessante Zahl, die man der realen Übergangsquote gegenüberstellen könne.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen. Sie habe die Folie mit dem Verlauf der letzten zehn Jahre mit den Übertrittszahlen von der Pestalozzischule sehr interessant gefunden. Hier sehe man, dass man durchgehend, bis auf 2019 über dem Baden-Württemberg-Durchschnitt liege. Diese Folie sei auch interessant für die Schloss-Schule. Denn dann habe man den direkten Vergleich. Dann könne man schauen, ob es hier auch Einbrüche gebe, denn die Folie zeige zwar, dass man über dem Baden-Württemberg-Durchschnitt liege, aber sie zeigen nicht, wie die Differenz zwischen den

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Sozialraumanalyse Durlach

Blatt 4

beiden Schulen sei. Und dies sei der ursprüngliche Ausgangspunkt, wo man gesagt habe, wie komme diese Differenz zustande. Dies könne sie aus dieser Zeitleiste nicht erkennen. Der zweite Punkt sei zu den Gründen eines Schulbezirkswechsel. Dies habe Herr Laue aber schon beantwortet. Es seien vordergründige Bildungsfragen. Drei Punkte wurden genannt. Betreuung, Geschwister, und jahrgangsübergreifendes Lernen. Dazu könne man nichts sagen, dies biete die Schloss-Schule an. Beim Geschwisterkinderbonus sei es so, dass wenn dieses einmal bejaht werde, ziehe es alle anderen Geschwisterkinder hinterher. Bei der Betreuungsfrage müsse sie sagen, hier sehe sie definitiv Möglichkeiten, wo man ansetzen könne. Wenn das Argument sei, dass man an einer anderen Durlacher Grundschule eine schlechtere Betreuung für das Kind nach Schulschluss habe, sei es etwas, wo man einen Ansatzpunkt habe. Dies könne man diskutieren und schauen, wie man dies hinbekomme, sodass hier alle auf Stand sind.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man die Zahlen nicht habe. Diese werden im Übrigen jedes Jahr genannt. Diese könne man nachreichen. Mit der Betreuung sei es so, dass man dieses Thema sicherlich nochmal angehen könne. Dies nutze aber immer nur dann, wenn es keine vordergründigen Argumente seien. Nur dann nutze es. Die Wünsche könne man gerne noch nachreichen. An diesem Thema könne man durchaus weiter dranbleiben. Auch der Ausbau der Schulsozialarbeit sei elementar. Hier könne man auch als kommunales Gremium etwas tun. Gerne nehme sie auch mit, dass man Kontakt mit dem staatlichen Schulamt aufnehme, dass diese Wechsel durchaus genauer beobachtet werden, welche Auswirkungen dies auf die Schulen habe. Wenn die so in Ordnung sei, würde man dies machen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 3: Torwärterhaus**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Torwärterhaus** in der Ochsentorstraße, eine Beschlussvorlage, auf.

Aus der Historie wisse man, dass der Abriss des Gebäudes drohte. Viele in Durlach und aus dem Gremium haben sich für den Erhalt dieses Gebäudes ausgesprochen. Es haben sich Sponsoren und Spender gefunden, die einen Zuschussbetrag zusammengebracht haben und daraufhin habe sich die Stadt entscheiden können, dieses Haus zu kaufen. Es sei klar gewesen, dass es in eine soziale und kulturelle Nutzung überführt werden solle. Dies sei auch der Spendenzweck damals gewesen. Man habe es auch im ersten Schritt mit den Mitteln der Investitionspauschale vermietbar und nutzbar gemacht und auch barrierefreie Toiletten erstellt. Es sei jetzt vermietbar und man habe das vorliegende Konzept, ein Haus für Kinder und Jugendliche. Man habe mit der Schulsozialarbeit gesprochen und mit dem Kinder- und Jugendhaus, welches gerade nach der Corona-Pandemie kleinere Räume für kleinere Lerngruppen, Nachhilfe und Unterstützung brauche. Das Haus solle von Kindern und Jugendlichen bespielt werden. Man habe eine Kooperation mit dem historischen Verein, dass dort auch einer der größeren Räume kind- und jugendgerecht eingerichtet werde und man Kindern und Jugendlichen die Historie Durlachs nahebringe. Der historische Verein habe auch eine Art Büro und Archiv gebraucht. Auch hier würde man sich einigen. Gerade in den Abendstunden, wo es für Kinder und Jugendliche natürlich nicht so gebraucht werde, würde man der Arge Durlach und Auer Vereine anbieten, dass sie im Rahmen einer Jahresplanung ihre Vereine abfragen können, wer es für Vorstandssitzungen und Gremiensitzungen o. ä. brauche. Und man habe ein Haus, wo Jung und Alt zusammenkommen, wo vielleicht auch Themen manchen Kindern aus bildungsferneren Bereichen nähergebracht werde, z.B. Klimaschutz, Nachhaltigkeit, aber auch backen wie bei Oma oder Marmelade einkochen. Hier habe sich der Frauenchor in Durlach bereit erklärt, dies zu machen. Auch Sören Anders, der Aktivitäten mit den Kindern machen würde, sei dabei. So stelle man sich den Betrieb des Hauses vor. Es sei eine Win-Win-Situation. Die Stadt habe es nicht mehr im dauerhaften Unterhalt. Sie habe einen Mieter drin und man könne die nächsten drei Jahre probieren, wie sich dieses Haus entwickle. Ein weiterer Ansatzpunkt sei, dass nicht jedes Kind den Platz und die Räumlichkeiten habe, um auch mal jemand einladen zu können. Dies solle für ganz kleines Geld oder fast nichts zur Verfügung stehen, zum Beispiel für einen Kindergeburtstag, den man machen könne. Es solle mit Jugendlichen und Kindern zum Leben erweckt werden.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass auf der Vorlage stehe, wie viele Mieteinnahmen jährlich erzielt werden. Das Feld der jährlichen laufenden Belastung sei leer. Er fragt nach Zahlen.

Herr Rößler (StaDu) sagt aus, dass für das ehemalige Torwärterhaus die Stadt entsprechende Spendengelder bekommen habe, die letztlich auch bei den Kapitalkosten bei der Stadt berücksichtigt worden seien. Die Kapitalkosten im Bereich der Abschreibungen

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 3: Torwärterhaus**

unter Berücksichtigung der Auflösung der Erträge als Sonderposten liege im Jahr bei 2.785 € und die kalkulatorischen Zinsen würden sich unter Berücksichtigung der Spenden auf 2.987 € belaufen. Ansonsten sei der Aufwand beim Unterhalt angesetzt worden. Dies seien die von Frau Ries erwähnten Umbaumaßnahmen, um dieses Haus in einen vermietbaren Zustand zu bringen. In der Investitionspauschale seien 55.000 € zur Verfügung gestellt worden. Davon sei der barrierefreie Umbau der WC-Anlage, eine komplette Küchenausstattung, eine kindergerechte Treppe und das Dachgeschoss instandgesetzt worden. Die Abteilung Hochbau und Gebäudewirtschaft rechne mit zukünftigen jährlichen Unterhaltskosten von 2.500 € für Wartungen, Heizung, Sanitär und kleinere Instandsetzungen.

OR Dr. Klingert (B´90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt, wie das Verhältnis zum Kinder- und Jugendhaus sei. Sie fragt, ob dieses eingebunden sei oder ob dies eine Konkurrenzsituation sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) habe es bereits in der Einführung gesagt. Man sei in ständiger und ganz enger Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendhaus. Das Kinder- und Jugendhaus habe dann dort die Möglichkeit Aktivitäten in diesem Haus zu machen. Man würde so etwas nicht tun, ohne sich mit Frau Mössinger abzustimmen. Dies sei eine ganz enge Verbindung zwischen Stadtamt und Kinder- und Jugendhaus. Dies seien aber Ideen, die man im Detail natürlich noch entwickeln müsse. Diese bräuchten auch noch kleinere Räume, um intensiv Hilfen anbieten zu können und wenn man dies habe, mache man dies gemeinsam mit der Schulsozialarbeit und gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendhaus. Von Konkurrenz könne in keinster Weise die Rede sein. Es sei eine Ergänzung, die für alle da sein solle.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) fragt sich, ob alle angesichts der Dunkelheit in die Winterdepression fallen. Es sei ein sehr toller Anlass, dass man heute diese Tischvorlage habe, und dass das historische Torwärterhaus erhalten worden sei, dass es den Vereinen zugänglich gemacht werde und dass man etwas für die Kinder und Jugendlichen tue. Dies sei eine sehr tolle Sache, und dies solle man an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) kann nur dazu gratulieren, dass dies mit dem Torwärterhaus so zu tragen komme, dass man ein Haus für Kinder und Jugendliche habe. Man habe vor Jahren begonnen, ein Haus des sozialen Engagements für Durlach haben zu wollen. Man habe nun etwas für die Zukunft. Man habe für Durlach einen Mehrwert. Zu keiner Stunde sei es jemals in Durlach ein gegeneinander zwischen Kinder- und Jugendlichen und Senioren gewesen, sondern immer ein miteinander. Und dies zeichne es aus. Sie bedankt sich für das Engagement. Sie glaube, dass alle dazu beitragen können, dass es weiter aufwärtsgehe.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) führt aus, dies habe man sehr gut gemacht

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 3: Torwärterhaus**

und lobt die Verwaltung. Er finde es gut, dass in dem Konzept der historische Verein bedacht sei und auch die Vereine der Arge. Er denke, dass es ein Gewinn sei und es sei eine richtige Win-Win-Situation. Er bedankt sich, dass dies so geklappt habe.

OR Frey (Die Linke) möchte sich auch bedanken, es sei ein super Anlass und es sei eine ganz tolle Sache. Sie wolle schon mal sagen, dass sie sich darauf freue, wenn das Torwärterhaus in dieser Form in Betrieb gehe und sie freue sich zu erleben und davon im Ortschaftsrat zu hören, was in diesem Haus so passiere und die Geschichten, die in diesem Haus geschrieben werden.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schließt sich dem an.

OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, dass dies die bestmögliche Nutzung für dieses Haus sei. Sie habe noch eine Frage zur Vermietung an „Durlacher Selbst“. Sie fragt, ob es richtig sei, dass dies der Hauptmieter sei, der dann an alle anderen Vereine oder Organisationen untervermietet oder ein kleines Entgelt verlange. Irgendwie müsse es sich finanzieren.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bestätigt dies. Durlacher Selbst e.V. werde der Mieter sein. Und dieser kooperiere mit dem Kinder- und Jugendhaus, mit der Schulsozialarbeit, mit der Arge Durlach und Auer Vereine. Ziel sei es, die Mieten auf das geringste zu setzen und nur die anfallenden Betriebskosten und Reinigungskosten zu verlangen. Sie wolle sich auch bei all denen bedanken, die sich für diesen Verein engagieren. Es sei aus 100 % Spendenmitteln aus Durlach und Karlsruhe durch sehr viele Aktivitäten und sehr viel Engagement der Kolleginnen und Kollegen des Stadtamtes, die sich in diesem Verein engagieren. Dank der großartigen Unterstützung werde dies möglich sein. Es werde möglich sein, etwas an die Arge abzugeben, an das Kinder- und Jugendhaus, die Schulsozialarbeit und vieles andere.

OR Bruker (AfD) wolle sich all den lobenden Worten anschließen. Ihm habe dies auch sehr gut gefallen. Man sehe, dass hier sehr viel gedankliche und praktische Arbeit schon geleistet wurde. Er finde dies ganz toll. Dies wolle er erwähnen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei allen. Man freue sich darauf, wenn der Betrieb aufgenommen werde und wenn dort Leben sei, könne man sich dies anschauen und berichten.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäudeintegrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäudeintegrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 25.08.2021, auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) führt aus, nachdem er zu diesem Thema schon ziemlich viel geschrieben habe, sei es sinnvoll, wenn er auf der Tonspur noch ein paar Dinge erläutere. Insbesondere, weil er nachträglich herausgefunden habe, dass ihm beim zweiten Absatz eine sprachliche Ungenauigkeit unterlaufen sei, die etwas zu Verwirrung gesorgt habe. Er beginne noch einmal ganz vorne. Man habe sich zu Beginn des Jahres durch zwei Anträge der Fraktion, einmal konkret zum Bauvorhaben Schlossschule und einmal konkret zum denkmalgeschützten Gebäude in Karlsruhe, der Thematik genähert und hier im Ortschaftsrat diskutiert. Man habe identifiziert, dass an zwei kommunalen Satzungen, konkret 1998 und 2019, die nach fast zehn Jahren Detailarbeit beschlossen worden sei, heute möglicherweise Anpassungsbedarf bestehe. Dies sei die Grundlage gewesen. Dies sei Schritt eins. Schritt zwei, und dies solle genau dieser Antrag sein, sei die Bitte um Prüfung gewesen, wie sich durch Änderungen oder Anpassungen dieser kommunalen Satzungen bestimmte Ziele, die man identifiziert habe und als notwendig erachte, erreichen lassen. Dies sei ganz konkret die Anpassung der Gebäude im Geltungsbereich der Satzung an Klimawandelfolgen, zum Beispiel Hitze, Starkregenereignisse und Ähnliches, was durchaus verschiedene Elemente an der Gebäudehülle verändere. Die Integration von erneuerbaren Energien sei auch ein großer Punkt gewesen. Fotovoltaik sei hier das Stichwort. Und auch Maßnahmen zur Reduktion des Heizenergiebedarfes, ein relativ unkonkreter Oberbegriff für beispielsweise Dämmmaßnahmen an der Gebäudehülle. Nach Lesen der Stellungnahme sei sein Eindruck, dass dem Prüfantrag nicht entsprochen wurde. Denn er habe nicht herauslesen können, inwiefern sich diese Ziele mit den heutigen Satzungen oder aber mit möglicherweise angepassten Satzungen erreichen ließe. Was er heute gerne erreichen würde sei, die Meinung des Gremiums zu diesem Thema einzuholen, ob man auf dem richtigen Weg sei, ob es einer Prüfung der unteren Denkmalbehörde bedürfe und dann wolle er dahingehend auch abstimmen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, dass dies selbstverständlich ein absolut lobenswertes Ziel sei, was mit diesem Antrag verfolgt werde. Man müsse aber auch konstatieren, dass diese Satzungen, um die es gehe, von vornherein überhaupt nicht die Zielsetzung verfolgen, irgendwelche Klimaschutzziele zu realisieren. Von daher gesehen sei das Integrieren in diesen vorhandenen Satzungen eigentlich nur sehr schwer möglich, weil dies von der fachgesetzlichen Rechtsgrundlage oft schwierig sein würde. Andererseits könne man dieses Problem nicht gerade wegschieben. Er hoffe darauf, dass sich auf Bundesebene etwas anbahne, was vielleicht gut sein könne, im Hinblick auf die Gesetzgebung. Und dann werde man sehen, ob man die Möglichkeit habe, dies könne man zum

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäude-
integrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**

Blatt 2

Beispiel im Baugesetzbuch implantieren, spezielle Klimaschutzplanungen auf kommunaler Ebene zu machen oder eben auf Landesebene in der Landesbauordnung, auch im Denkmalschutzrecht, je nachdem wo man es ansetzen könne, die Ermächtigung erweitert werde. Wenn alle schnell arbeiten würden, könne dies bis Mitte nächsten Jahres auch der Fall sein. Man solle es beobachten, man solle es aber selbst beobachten. Von daher, wenn man diesen Prüfauftrag gebe, sei er relativ schnell zu Ende geprüft, und es würde dem Anliegen nicht gedient sein. Er würde also unkonkret in den Raum sprechen, man möge in drei bis vier Monaten das Gesamte auf Wiedervorlage legen und er wolle auch weiterhin den Parteien, die mit Abgeordneten im Bundestag vertreten seien mitgeben, dass man diesen Gedanken den Abgeordneten mit auf den Weg gebe, dass es Instrumente geben müsse, die dies bis auf kommunale Ebene herunter sichern. Im Moment sei es wenig zielführend, wenn man darauf hoffe, dass in ein paar Wochen die Stadtverwaltung einen Vorschlag mache. Hier würde wahrscheinlich keiner kommen. Aus diesem Grund, da das Instrument nicht richtig geeignet sei. Es gehe hier um gestalterische Absichten und damit sei an dem ein oder anderen Platz eine Fotovoltaikanlage möglich aber sie werde dadurch auch nicht gefördert. Für den Klimaschutz brauche man noch mehr. Dies sei nur seine subjektive Meinung.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei der Fraktion der Grünen und insbesondere bei Herrn Kollege Ruf für die Ausarbeitung dieses Antrags, den er sehr begrüße. Er halte es für absolut wichtig, dieses Thema auf der kommunalen Ebene auf die Tagesordnung zu setzen und er sei auch der Meinung, dass der Prüfauftrag, der ergangen sei, bisher nicht erfüllt sei. Man lebe in einer wachsenden urbanen Großstadt. Es müsse auch in einem historischen Umfeld möglich sein, technische Weiterentwicklungen zu machen, insbesondere wenn es um großen gesellschaftlichen Nutzen, wie die Bekämpfung des Klimas gehe. Man spreche nicht über die Landeplätze von Flugtaxi, sondern es gehe um eine Technik, die optisch wenig eingreifend sei. Es müsse möglich sein, Fotovoltaikanlagen in Durlach zu installieren. Die Technik sei inzwischen so weit, dass es durchaus Paneele gebe, die kaum zu unterscheiden seien von Dachziegeln. Er stimme Herrn Dr. Rausch auch zu, dass dies verwaltungsrechtlich auch auf einer anderen Ebene geschehen müsse. Nichtsdestotrotz solle man auch auf kommunaler Ebene dranbleiben. Wenn der Antrag zur Abstimmung stehen bleibe, werde er von seiner Fraktion unterstützt.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) kann sich seinen beiden Vorrednern nur anschließen. Vor allem sei der Antrag sehr aufwendig und sehr detailliert. Dies vermisse er in der Stellungnahme der Verwaltung. Diese sei teilweise gar nicht darauf eingegangen. Hier habe auch Herr Dr. Noé recht. Man habe derzeit eine Entwicklung in der Fotovoltaikanlage, gerade im Bereich der künstlichen Ziegel. Hier solle man sich nicht blockieren. Er fragt, ob es eine Statistik gebe, wie viele Durlacher Bürger in diesem Altstadtbereich bereits Anträge gestellt haben. Er kenne zwei oder drei, mehr seien ihm aber nicht

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäude-
integrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**

Blatt 3

bekannt. Er glaube aber, dass die Verwaltung nach dem letzten Absatz ihrer Antwort auf die Entwicklungen im Bund hinweise. Er denke, man solle es nach den Verhandlungen noch mal versuchen. Hier könne er Herrn Dr. Rausch beipflichten. Es sei zu schade, wenn es verpuffen würde. In großen Teilen könne er dem nur zustimmen.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich bei den Vorrednern. Ihre Fraktion habe sich diesbezüglich unterhalten. Man stehe Fotovoltaik und neuer Technik selbstverständlich offen gegenüber. Man sehe aber die gleichen kritischen Punkte wie die Vorredner. Vor allem auch, was Dr. Rausch gesagt habe. Verpuffung sei an dieser Stelle falsch angezeigt. Auf Landesebene seien auch schon Gesetzesinitiativen am Laufen. Dies solle man grundsätzlich in die Betrachtung mit einbeziehen. Auch um das Geschehen für Durlach optimal ausnutzen zu können. Dies sei das Ansinnen der Fraktion, grundsätzlich eine Darlegung unter Abwägung aller rechtlichen Belange.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fügt noch einen Satz zu Herrn Wenzel hinzu. Sie sei sich nicht sicher, ob die Anzahl der Anträge so aussagekräftig sei. Denn viele würden gar keinen Antrag stellen, weil sie diesen als chancenlos sehen, weil es aus dem öffentlichen Straßenraum oder vom Turmberg zu sehen sei. Deshalb würden viele vielleicht erst gar keinen stellen.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, dass ihr bei der Antwort der Verwaltung zwei Dinge aufgefallen seien. Das eine sei, dass auf den Bereich Fotovoltaik intensiv eingegangen worden sei, aber auf die Grundziele sei nicht richtig eingegangen worden. Zum Beispiel der Anpassung der Gebäude an die Klimawandelfolgen bedeute nicht nur die Anpassung der Gebäude im Sinne des Erhalts der Bausubstanz, sondern auch die Anpassung der Gebäude im Sinne von wie gut lasse es sich in diesem Gebäude leben und wie sei das Klima für den Menschen im Gebäude, was auch wieder eine soziale Frage sei. Hier sehe sie auch implizit eine soziale Frage. Und diese scheine ihr an dieser Stelle noch nicht ganz angekommen zu sein. Hier würde sie sich freuen, wenn hier entsprechend noch mal darauf eingegangen werde. Der zweite Punkt sei die Praxis, wie momentan mit dem Gestaltungsspielraum umgegangen werde. Es könne im Einzelfall durchaus eine Prüfung stattfinden, die aber nicht passiere. So wie die Gestaltungssatzung angewendet werde, sei eine Diskrepanz darin zu sehen, was der Ortschaftsrat als die Ziele der Gestaltungssatzung begreife. Sie höre aus den Antworten jetzt auch heraus, dass man sich hier einig sei, was die Ziele der Gestaltungssatzung seien und dass diese Ziele, die in diesem Antrag formuliert sind, d.h. Anpassung der Gebäude an die Klimawandelfolgen, Integration von erneuerbarer Energieerzeugung und Maßnahmen zur Reduktion des Heizenergiebedarfs, seien drei Punkte, wo man sich in diesem Gremium sehr einig sei, dass man dies unterstütze und dass man diese in der Gestaltungssatzung wieder gespiegelt sehen möchte.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäude-
integrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**

Blatt 4

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte an dieser Stelle noch ein paar Dinge klarstellen, die durcheinandergekommen seien. Der Bund habe eigentlich gar keine Hausaufgaben. Der Bund mache schon seit Jahren Förderprogramme über die KfW und über die Bafa. D. h. dieser unterstütze überall, wo er könne. Die Stadtwerke Karlsruhe würden beispielsweise auch Förderprogramme haben. Auf das Koalitionspapier, auf das man warte, werde nicht in Berlin stattfinden, sondern in Stuttgart, denn hier sei das Landesdenkmalschutzgesetz, wo man eine Änderung brauche, um dann aufgrund der Änderung die Gesamtanlagensatzung anzupassen. Denn man habe immer den Kampf zwischen diesen beiden Satzungen. Würde man im Einzelfall sagen, auf dieses Gebäude mache man eine PV-Anlage, dann komme gleich wieder die Gesamtanlagensatzung und sage, dies verunstaltete die Dachlandschaft. Persönlich wolle er noch anmerken, dass er kaum verstehen könne, dass man auf Gebäude, die bei weitem kein Denkmal seien und die Dachlandschaft nicht verunstalten werde, keine PV-Anlage aufs Dach kriege. Er habe krampfhaft versucht, über Google Maps zu finden, auf was hier referenziert werde und wo er Anlagen in der Durlacher Altstadt finde. Man finde praktisch nichts. Es würden nicht viele sein können, die hier schon mal genehmigt worden seien. Gerade auf den ultramodernen Gebäuden mit Flachdächern habe er kein Verständnis, dass dies die Gesamtanlage in irgendeiner Art und Weise beeinträchtigen solle. In der Schloss-Schule sei dies auch das eingesetzte Argumente gewesen, auf dem älteren Gebäude, dass man hier vielleicht auch die Solaranlage nicht montieren könne, aber auf dem Neubau schon, weil man diesen vom Turmberg nur verdeckt sehe. Hier fehle ihm das Verständnis. Er befürchte, wenn man jetzt warte, und den Zeitplan der Landesregierungskoalition kenne er nicht, um das ganze Denkmalschutzgesetz zu ändern, werde hier in dieser Legislaturperiode auf kommunaler Ebene nichts mehr passieren. Und dies sei schade.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, man müsse vorsichtig sein mit der Aussage, der Bund habe gar nichts zu tun. Herr Dr. Rausch habe es schon gesagt. Es gebe drei Stufen. Es gebe den Bund, der Gesetzgeber des Baugesetzbuches, es gebe die Landesdenkmalschutzgesetze und das Land und dann rede man über kommunale Satzungen. Dies sei ein Zusammenspiel mehrerer Komponenten. Und deshalb sei es natürlich schon richtig, auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene darauf hinzuwirken, dass diese Komponenten so zusammenpassen, dass es tatsächlich einen Fortschritt gebe. Sie habe aber die Bitte, dass man bei dem bleibe, was man heute entscheiden wolle. Nämlich ob der Antrag, so wie er sei, beibehalten werden solle, ob man ihn heute so beschließen wolle oder ob man die vollständige Antwort abwarten solle. Es sei ein Antrag der sehr umfangreich und detailliert gewesen sei. Hier habe sie auch einen Hinweis, den sie gerne an die Verwaltung gebe. Es gehe auch um einen respektvollen Umgang mit ehrenamtlichen Tätigen in der Kommunalpolitik, dass wenn man sich die Mühe mache

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäude-
integrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**

Blatt 5

und einen Antrag sehr intensiv ausarbeite, dass man dann auch die Antworten bekomme, die dazu gehören und nicht nur die Hälfte. Oder ob man diesen Antrag nochmal auf Wiedervorlage lege, zum Beispiel ein halbes Jahr. Zusätzlich fordere man die nicht gegebenen Antworten ein und dann bleibe man heute bei der Grundaussage, dass man über die Zielrichtung des Antrags abstimme. Für sie seien beide Wege gangbar. Dies würden die Antragsteller entscheiden müssen.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sei der Aspekt wichtig, weil man über Änderungen von Satzungen zum Schutz der Altstadt rede, dass niemand im Gremium oder der Fraktion sagen könne, dass sie einem nicht am Herzen liegen. Das tue sie jedem. Es gehe nicht darum, Abstriche zu machen. Aber diese sehe man nicht. Und zum zweiten, sei man sich in der Fraktion einig gewesen, dass man es nicht auf Wiedervorlage legen wolle. Er glaube, was Klimaschutz angehe, sei die letzten 30 Jahre zu viel auf Wiedervorlage gelegt worden und die Zeiten seien vorbei. Man werde durch das Weiterbohren in der Verwaltung wahrscheinlich nicht Wesentliches erreichen aber es gehe auch um das Signal, dass man nicht mehr warten wolle. Man wolle, dass jetzt untersucht werde, was machbar sei und wenn es Menschen gebe, die dadurch vielleicht animiert werden, dann sollen sie dieses Zeichen bekommen und von daher wolle man die Verwaltung als Fraktion klar auffordern, das Fehlende zu beantworten, aber über den Prüfantrag würde man gerne abstimmen lassen und man würde auch gerne das Signal senden, dass die Verwaltung sich jetzt an die Arbeit mache, dieser habe Vorrang.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dann werde man die Wiedervorlage nutzen und nach drei Monaten fragen, was das Prüfungsergebnis sei.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) wolle noch etwas zur Sache der Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune beitragen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) würde darum bitten, dass man dies nicht tue. Denn dies habe mit dem Antrag nichts zu tun.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) ist der Meinung, dass es an dieser Stelle sehr wichtig sein würde, aus dem Grunde, dass aus diesem Gremium sehr viel Zustimmung grundsätzlich zur Sache herrsche aber uneinheitliche Meinung zum weiteren Vorgehen bestehe. Und dies scheine sich darauf zu gründen, dass die Parteien, die gerne abwarten würden, vermuten, dass irgendetwas aus Berlin oder Stuttgart komme, was diese kommunale Satzung beeinflussen solle und dies sei seines Erachtens nicht der Fall.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft zur Abstimmung auf.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 4: Änderung der kommunalen Satzungen u. a. zur Ermöglichung gebäude-
integrierter Photovoltaikanlagen im Geltungsbereich**

Blatt 6

Ja-Stimmen: 19
Enthaltungen: 1
Nein-Stimmen: 0

Einstimmig zugestimmt.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 5: Aufwertung des Durlacher Schlossgartens**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, Aufwertung des Durlacher Schlossgartens**, Antrag der FDP-OR-Fraktion vom 26.08.2021, auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass dies die liebsten Antworten auf Anträge seien. Man glaube der Antwort in diesem Fall, weil man wisse, dass auf das Gartenbauamt in Durlach Verlass sei. Die detaillierten Planungen seien da und man freue sich, dass diese grüne Oase in Durlach jetzt wieder in einen tollen Zustand versetzt werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass überall wo stehe, die Finanzierung sei noch zu klären, es in der aktuellen Haushaltssituation schwierig werde. Dies müsse man ehrlich sagen. Was man tun könne und wo man Gelder habe, werde mit Sicherheit angepackt. Vom Gartenbau und Hochbau- und Gebäudewirtschaft. Dort wo man noch Gelder brauche, müsse man eventuell nochmal Geld aus der Investitionspauschale nachlegen.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Antrag und freut sich, dass alles schon umgesetzt wurde. Er habe eine Frage zur Bepflanzung entlang der B3. Ihm sei aufgefallen, dass sich hier der Kirschlorbeer sehr breit mache. Es seien um die 30 Pflanzen mittlerweile. Dies sei sicherlich nicht wünschenswert. Er wolle nachfragen, was das Gartenbauamt an dieser Stelle geplant habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, er werde eine Antwort bekommen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Kommunikatives Stadtmobiliar für Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Kommunikatives Stadtmobiliar für Durlach**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 19.09.2021, auf.

Hier habe man sich schon im Ältestenrat vorbesprochen. Hier sei der Antrag nicht richtig gelesen oder verstanden worden. Es ginge nämlich nicht darum, dass man Stadtmobiliar aus dem städtischen Bestellkatalog bekomme, sondern dass man hier etwas Kreatives, Innovatives und etwas Besonderes für eine attraktive Aufenthaltsqualität bekomme. Deshalb sei die Frage, ob man diesen Antrag noch einmal an die Verwaltung zurückspiegele, mit aus der Sitzung deutlicheren Hinweisen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass es der Fraktion genauso gehe. Man habe die Antwort der Verwaltung des Stadtplanungsamtes gelesen und gesagt, immerhin, sie haben das Ansinnen angenommen und wollen dafür etwas tun. Soweit so gut und darüber freue man sich. Nur habe man das Gefühl eines kleinen Missverständnisses und dass die Idee verwinzigt werde. Man wolle etwas Innovatives, etwas spritziges, vielleicht etwas Gewagtes und deshalb habe man dem Antrag auch ein paar Ideen beigefügt, wie zum Beispiel die Buchstaben von Durlach, vielleicht in Durlach verteilt, vielleicht am Stück, bunt, freundlich und einladend, damit sich die Menschen in Durlach und vielleicht in der verlängerten Fußgängerzone aufhalten, bummeln, sprechen und sich wohlfühlen. Vielleicht mit etwas grün und nicht nur die Möbel. Man sei nicht die ersten, die sich darüber Gedanken gemacht haben, schon im CIMA Gutachten von 2018 sei so etwas Ähnliches gefordert, aber nicht umgesetzt worden. Bänke umstellen könne man selber. Man habe eigentlich gedacht, dass hier vielleicht etwas mehr komme, mit etwas mehr Kreativität und mit mehr Mut.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, dass die Fraktion sich auch gefragt habe, als man die Antwort gesehen habe und die Bilder aus dem Antrag, und die Bilder der Verwaltung, ob man es nicht verstanden habe oder man es nicht verstehen könne oder man es nicht verstehen wolle. Das Zusammenstellen von Parkbänken schaffe man auch ohne Katalog. Hier würde man sich sehr wohl wünschen, dass es in diese Richtung gehe. In diesem Zusammenhang habe er eine konkrete Rückfrage. Er könne sich daran erinnern, dass man hier auch einmal darüber diskutiert habe, überdachte Fahrradplätze zu schaffen, ein Durlacher Modell. Er glaube, hier habe es schon ganz konkrete Ideen gegeben. Er fragt, wie es mit der Umsetzung aussehe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass ihre letzte Information sei, dass aus einem Durlacher Modell ein Karlsruher Modell geworden sei. Dies sei aber auch schon eine Weile her und die Umsetzung solle peu à peu sein. Es würden tatsächlich überdachte Fahrradständer nach Durlach kommen sollen. Man nehme dies aber zum Anlass, um noch einmal ganz konkret nachzufragen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 6: Kommunikatives Stadtmobiliar für Durlach**

Blatt 2

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, als er den Begriff „kommunikatives Stadtmobiliar“ gelesen habe, habe er zunächst nichts damit anfangen können, weil kommunikativ bedeute mitteilend und dann habe er überlegt, was dieses Möbel sagen solle. Der Antrag sei von der Zielrichtung aber in Ordnung und man solle sich auf die Eigenständigkeit besinnen. Die Pflege des Stadtbildes sei eine Sache, die dem Ortschaftsrat in der Ausführung alleine zugewiesen sei. Finanzielle Mittel habe man im Haushalt. Man habe auch das CIMA Gutachten von 2018 angesprochen, wo über die Möbel hinaus auch noch weitere Vorschläge drin gewesen seien. Es wurde auch zurecht angesprochen, dass man hässliche Blumenkübel in Durlach stehen habe. Der Vorschlag, den er nun machen würde sei, dass man in relativ naher Zukunft einen Workshop mache, unter fachlicher Begleitung vom Ortschaftsrat und man dann entsprechende Standorte bespreche und dann konkrete Umsetzungsmaßnahmen beschließe und dann könne man auch sehen, inwieweit man dies finanzieren könne. Dann sei man in Durlach mal wieder Vorreiter und müsse nicht wieder auf ergänzte Antworten aus der Verwaltung warten oder einen Möbelkatalog bestellen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass dies sicher eine sehr gute Idee sei, zumal man für diesen Haushalt 22/23 für so etwas auch Geld eingestellt habe. Dies sei sozusagen das Abarbeiten eines Auftrags, den man sich über die Investitionspauschale gegeben habe. Die Buchstaben finde sie eine sehr tolle Idee.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt aus, dass der Fraktion der Antrag sehr gut gefallen habe. Ihm persönlich umso mehr. Sein erster Gedanke sei gewesen, dass es ein Fortführungsantrag und Ergänzungsantrag sei, der auf einem ursprünglichen CDU Antrag fuße, der zunächst überhaupt einmal eine Stadtmöblierung im öffentlichen Raum im Stadtbild Durlach angeregt habe. Dieser sei auch größtenteils umgesetzt worden. Man könne sich ganz deutlich mehr davon wünschen. Vielleicht habe es aber auch an den Verständnisschwierigkeiten der Verwaltung gelegen. Er habe große Sympathien, dem sei man gegenüber aufgeschlossen und jetzt gehe es natürlich darum, entweder die Initiative selbst zu ergreifen oder auf die Verwaltung zu warten. Er würde vielleicht eine Art Mischmasch von beidem ins Kalkül ziehen. Man würde sich dann wiederum im Ortschaftsrat unterhalten müssen, was man diesbezüglich auf den Weg bringen wolle aber auch auf den Weg bringen könne. Er glaube, dass beides stimmig miteinander vereinbart werden müsse. Auf diese Diskussion freue er sich. Herauskommen müsse ein Angebot, welches von allen angenommen werden könne und auch von der optischen Wahrnehmung das ein oder andere Highlight setze.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) gibt Herrn Müller recht, man müsse beides verbinden. Man müsse eigeninitiativ sein, dies habe man auch schon gemacht, indem man Gelder eingesetzt habe. Man habe einen Antrag gestellt und man werde aber auch Unterstützung aus der Karlsruher Verwaltung brauchen, aus dem

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 6: Kommunikatives Stadtmobiliar für Durlach**

Stadtplanungsamt. Man könne viel im Stadtamt machen, aber nicht alles alleine. Personell nicht und man brauche auch eine Fachlichkeit und ein paar Tipps. Hier müsse man auf die Verwaltung noch einmal zu gehen.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte dies ergänzen. Er müsse in letzter Zeit viel reisen und komme in viele interessante Städte. Ihm sei in einer Stadt aufgefallen, dass an der Hafensperrmauer besondere Bänke bevorzugt von Jugendlichen genutzt wurden. Als so eine Bank frei wurde, habe er sich diese genauer angeschaut und es seien Fotovoltaikbänke gewesen, an denen die Jugendlichen ihre Handys laden konnten. Dies sei im Halbkreis gebaut und er sei sich sicher, dass es von einem Konzern gesponsert sei. Vielleicht bekomme man von einem großen Unternehmen hier so etwas auch gesponsert. Denn es sei eine ganz innovative Geschichte und das tolle sei, wenn es kalt ist, dann wärme diese Fotovoltaikanlage. Es sei eine tolle Sache.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, dass auch schon Standorte empfohlen worden seien für die Bänke. Wenn man wirklich zu den Durlacher Buchstaben komme, dann brauche man mehr als die vier aufgeführten Standorte und sie wolle anregen, dass man auch den Bereich in Aue berücksichtige, wo man noch nicht so viele Aufenthaltsorte habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dies sei ein guter Hinweis. Sie würde gerne über diesen Antrag abstimmen lassen, so wie er vorliege plus die Erläuterungen, die man heute gemacht habe. Zusammen mit der Videoaufzeichnung könne man dies dann ans Stadtplanungsamt schicken.

Ja-Stimmen: 20
Enthaltungen: 0
Nein-Stimmen: 0

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 7: Basketballfeld Feuerwehrspielplatz**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7, Basketballfeld Feuerwehrspielplatz**, Anfrage der CDU-OR-Fraktion vom 18.08.2021.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für die knackige Antwort. Wenn man aus „denkbar“, „es wird“ eine Kleinsthockeyfläche, dann sei dies super.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) ist mit dem Thema Basketball befasst gewesen und er habe sich über diese Stellungnahme gewundert. Hier stehe eine Idee, was man machen wolle und seine Frage sei nun, ob man sich in der Verwaltung wirklich vorstelle, dass das, was angedacht sei, nämlich Rollhockey, weniger Geräusch erzeuge, als ein Ball, mit dem man auf einen Basketballkorb werfe. Dies könne er sich nicht vorstellen. Deshalb fragt er, warum man dann so viel Wirbel gemacht habe in der Ablehnung dieses Basketballkorbes und komme jetzt auf die Idee eine Möglichkeit zu schaffen, die wahrscheinlich mehr Lärm erzeugen werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man diese Frage weitergeben werde.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) fragt, was jetzt mit dem Ersatzstandort für den Basketballkorb sei. Hier habe man noch einen Auftrag offen, dass man einen Ersatzstandort für diesen Basketballkorb für die Erwachsenen bekomme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass die Antwort gekommen sei und allen vorliege. Sie sei in einer der letzten Sitzungen gewesen, der Ball sei ins Gremium gespielt. Der Vorschlag sei gewesen, der Festhallenparkplatz.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) hat sich die Antwort sehr genau angeschaut. Es seien verschiedene Vorschläge gemacht worden. Die meisten wurden allerdings aus verschiedenen Gründen als nicht durchführbar erläutert. Was geblieben sei, ist der Parkplatz bei der Festhalle. Dies sei durchaus denkbar, wenn man einen Käfig mache, damit die Kinder geschützt seien. Man nehme natürlich gleichzeitig Parkplätze weg. Vielleicht sei dieser Vorschlag auch nicht so sinnvoll, solange man keine anderen Parkmöglichkeiten schaffe. Mehr sei nicht gesagt, im Grunde sei dies eine unbefriedigende Antwort gewesen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dies könne dann jeder nachlesen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Mitteilungen des Stadtamtes** auf. Hier gebe es keine.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9, Mündliche Fragen**, auf.

OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion) sagt zur Seboldstraße aus, dass dies eine Spielstraße sei und hier nicht geparkt werden dürfe, außer auf gekennzeichneten Flächen. Sie sei allerdings zugепarkt und zu einer Parkzone geworden, seit das neue Haus fertig sei. Sie sei vorhin durchgegangen und es würden bestimmt zehn Autos dort stehen. Auf der rechten Seite, wo eigentlich keiner parken dürfe. Auch mit auswärtigen Kennzeichen. Sie wisse nicht, wer hier alles parke. Die Anwohnerinnen und Anwohner seien nicht begeistert und möchten, dass hier öfter kontrolliert werde und dass dies ein Ende habe. Hinzu komme, dass diese Straße, die eine Spielstraße sei, als Umweg benutzt werde und hier zu schnell gefahren werde. Sie fragt ob man hier etwas tun könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies nehme man auf.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) führt aus, dass er mitbekommen habe, dass im Gebäude der ehemaligen Paracelsus Klinik schon sehr viel passiert sei. Hier seien Wohnungen eingerichtet worden. Ihn würde interessieren, was mit dem Erdgeschoss passiere, dies sei noch nicht endgültig geklärt. Er fragt, ob es hier auch Möglichkeiten gebe im Sinne dessen, was der Ortschaftsratsrat gerne habe. Die zweite Frage sei von Bürgern zum Gelände der ehemaligen Badischen Maschinenfabrik. Hier habe man öfter schon einmal Ärger gehabt mit Alkohol, Drogen und Ähnlichem. An dem Gebäude in der Pfinzstraße, bei den leerstehenden Hallen auf der Rückseite, welche an die Grundstücke von Leuten stoßen, die in der Seboldstraße wohnen würden. Hier würden sich an Wochenenden wohl häufig Jugendliche treffen und der Müll bleibe zurück. Den Leuten bleibe häufig nichts anderes übrig, weil es ihnen nicht gefalle, als alles wieder weg zu räumen. Vielleicht könne man hier die Polizei oder das Ordnungsamt darauf aufmerksam machen, genauer hinzusehen. Zum dritten interessiere er sich für den aktuellen Stand des Erweiterungsbaus des Markgrafen-Gymnasiums. Hier habe sich schon lange nichts mehr getan. Der Baubeginn solle 2024 sein, er fragt, ob dies noch stehe. Er wisse, dass die Schule auch gerne bei diesem Gebäude bei der Planung berücksichtigt werde. Bezüglich der Nachhaltigkeit führt er aus, dass es zum Beispiel die Möglichkeit gebe, eine Holzbauweise zu verwenden, man könne Sonnenkollektoren von Anfang an vorsehen, man könne Fassadenbegrünung einplanen. Dies sei gerade bei Schulgebäuden, wo viele junge Menschen seien, für die dies auch ein wichtiges Thema sei und werden wird, eine gute Sache. Er fragt, wie hier die Planung aussehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet zum Erdgeschoss der ehemaligen Paracelsus Klinik, dass hier in der Tat Workshops stattgefunden haben von verschiedenen möglichen Nutzern. Es sei eine sehr große Fläche. Sie könne sich nicht vorstellen, dass es nur ein Nutzer werde. Hier habe man Sozialträger, Kitaträger,

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 20. Oktober 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Bürgervereine und das Stadtamt. Es seien viele, die sich hier eine soziale Nutzung vorstellen können. Man habe im Festsaal einen Workshop veranstaltet. Hier habe jeder in sich gehen können und sich eine Vorstellung machen können, nachdem man das Gebäude gesehen habe. Wer nun die Räume brauche, sei noch nicht ganz klar. Das Stadtamt habe auch den Auftrag mitgenommen, dass man eventuell eine Kita dort mache. Hier hänge es allerdings auch von der Außenfläche ab, sie sei möglicherweise nicht ausreichend. Da man aber jeden Kitaplatz benötige, den man bekommen könne, überlege man, ob es von einer bestehenden Kita auch eine Außengruppe sein könne. Zu prüfen sei auch, ob man Tagesmüiterräume zur Verfügung stellen könne. Hier sei man am Anfang der Prüfung und sie können noch nicht sagen, was hier herauskomme. Man habe aber als Ziel, dass man Ende des Jahres wisse, wo es lang gehe. Es sei aber sehr stark eine soziale Nutzung, die in das Quartier wirke.

Zur Seboldstraße könne sie sagen, hier in gebe man dem KOD Bescheid.

Beim Markgrafen-Gymnasium müsse man nachfragen. 2024 sei wieder ein neuer Haushalt. Sie sei sich nicht sicher, wie dann die Haushaltssituation sei. Im jetzigen Haushalt würden nur Fortsetzungsprojekte gemacht werden, unter anderem die Schloss-Schule usw. Aber man werde nachfragen, wie der Stand der Planungen sei. Dass man dies energetisch sinnvoll und nachhaltig mache, den Hinweis gebe man gerne weiter, aber hier wisse man auch von HGW, dass sich diese hier immer Gedanken machen würden und man sich sicherlich noch mehr Gedanken mache werde in den nächsten Jahren. Man werde hier durchaus auch personell noch besser ausgestattet werden.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hatte eine Anfrage zum Bahnhofsauzug gestellt. Hier habe es auch eine Antwort von der Deutschen Bahn gegeben, dass dieser erneuert werde. Eine Bauzeit von 20 Wochen sei schon sehr lang für eine Erneuerung eines Aufzuges. Damit verbinde sie immer die Frage, was auf der anderen Seite vom Tunnel sei. Die Untermühlsiedlung gehe immer noch die Treppen runter und wer hier Fahrräder herauf und -runter schiebe wisse, dies sei immer anstrengend. Sie fragt, was auf der anderen Seite passiere.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies werde man gerne nachfragen.

Sie bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:19 Uhr.